

Zurück in die Zukunft: Sri Lanka nach dem Indo-Srilankischen Beistandsvertrag von 1987

Christan Wagner

Sri Lanka befindet sich seit mehreren Jahren in einem blutigen ethnischen Bürgerkrieg, der Einheit und Autorität des Staates in zunehmendem Maße untergräbt. Der Konflikt zwischen der 75%igen singhalesisch-buddhistischen Bevölkerungsmehrheit und der 12%igen tamilisch-hinduistischen Minderheit im Norden und Osten des Landes führte im Sommer 1987 zum Abschluß eines Friedensvertrages zwischen der indischen und srilankischen Regierung. Die Tamilen hatten seit Mitte der siebziger Jahre einen eigenen tamilischen Staat, Tamil Eelam, gefordert. Indien, das sich als regionale Ordnungsmacht verstand, konnte an der Bedrohung der nationalen Einheit seines südlichen Nachbarn kein Interesse haben, da es im eigenen Lande selbst mit zahlreichen Separatismusbewegungen konfrontiert ist. Dennoch vertrat die indische Regierung aus innenpolitischen Gründen stärker die Interessen der Tamilen und unterzeichnete mit der srilankischen Regierung einen Beistandsvertrag, der eine Beschneidung der srilankischen Souveränität zur Folge hatte. Der Vertrag festigte nicht nur die wirtschaftliche und militärische Vormachtstellung Indiens in Sri Lanka, sondern stellte auch zentrale Bestandteile der srilankischen Verfassung in Frage und veränderte die politische Struktur des Landes:

1. Er beschnitt die Souveränität Sri Lankas in zahlreichen Fragen und stärkte die wirtschaftliche, politische und militärische Vormachtstellung Indiens auf der Insel. Die Stationierung indischer Truppen, der "Indian Peace Keeping Forces" (IPKF), zur Entwaffnung der tamilischen Guerillas im Norden und Osten der Insel untermauerten diese Vormachtstellung.
2. Der Vertrag betonte zudem wieder den multi-ethnischen Charakter des Landes und die Rechte der Minderheiten, die 1972 aus der Verfassung gestrichen worden waren.
3. Er gab dem Land mit den neuzuschaffenden "Provincial Councils" (PC) eine neue innenpolitische Struktur. Die neuen Provinzen mit weitgehenden Autonomierechten waren ein Zugeständnis an die tamilischen Forderungen nach einem eigenen unabhängigen Staat. Den Tamilen wurden zwei Provinzen - die Nord- und die Ostprovinz - zugestanden, die vorübergehend unter eine gemeinsame Verwaltung gestellt werden sollten. Über die dauerhafte Existenz dieser vereinten Provinz sollte ein Referendum entscheiden.¹

Angesichts der separatistischen Forderungen der tamilischen Guerillagruppen war die Regierung der United National Party (UNP) unter J.R. Jayawardene bereit, auf diese Bedingungen einzugehen, um dadurch die Einheit des Landes und der staatlichen Autorität zu bewahren. Mit Hilfe einer regionalen Großmacht sollte die politische und militärische Lage zugunsten der Regierung stabilisiert und eine politische Lösung des Konfliktes erzielt werden, ohne den tamilischen Autonomiebestrebungen nachzugeben. Die neuwählenden Provincial Councils eröffneten im Frühsommer 1988 eine Wahlperiode auf der Insel, die ihren Abschluß mit den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1988 und den Parlamentswahlen vom Februar 1989 fand.

Nach dem zweiten Jahrestag des indo-srilankischen Beistandsvertrags stellt sich die Frage nach seinem Erfolg. Inwieweit konnte die Regierung ihre Position den tamilischen Separatismusforderungen gegenüber stärken, wieweit hat sich die Situation für die Singhalesen, Tamilen und Muslime seit Vertragsabschluß verändert? Welche Ergebnisse brachten die Provinzratswahlen, die Präsidentschaftswahlen und die erstmals seit zwölf Jahren stattfindenden Parlamentswahlen mit dem neuen Verhältniswahlrecht?

Die Folgen des Beistandsvertrages für die Singhalesen

Die Stationierung indischer Truppen auf der Insel als Folge des Vertrages und die Beschneidung staatlicher Souveränität führten zu einer Erstarkung der buddhistischen Nationalisten. Diese sahen die Singhalesen seit jeher in einer Minderheitenrolle gegenüber den 50 Millionen Tamilen im benachbarten südindischen Tamil Nadu und hatten deswegen Zugeständnisse an die Tamilen abgelehnt. Der Vertrag stellte für sie eine direkte Bedrohung des singhalesischen Volkes dar, und die Präsenz indischer Truppen galt ihnen als Beginn der späteren vollständigen Einverleibung der Insel unter indische Herrschaft. Der "Ausverkauf" der nationalen Souveränität an die benachbarte Großmacht Indien ließ eine Protestbewegung entstehen, die von der oppositionellen Sri Lanka Freedom Party (SLFP), von buddhistischen Gruppen, aber auch von prominenten Mitgliedern der Regierungspartei unterstützt wurde. Nach Unterzeichnung des Vertrages kam es in Colombo zu tagelangen Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstranten.

Der Vertrag verhalf aber der militant-chauvinistischen singhalesischen Volksbefreiungsfront (Janata Vimukti Peramuna, JVP) zu neuem Leben. Bereits 1971 hatte diese damals radikal marxistische Bewegung versucht, gewaltsam die Regierung von S. Bandaranaike zu stürzen, doch konnte dieser Aufstand mit Hilfe ausländischer Truppen niedergeschlagen werden. Nach dem Wahlsieg der UNP 1977 wurden die Führer der JVP im Zuge einer Amnestie auf freien Fuß gesetzt und etablierten ihre Organisation als politische Partei im linken Spektrum der Insel. 1983 wurde die Partei nach den Unruhen in Colombo verboten und ging in den Untergrund. Bis 1987 machte sie durch vereinzelte Terroranschläge von sich reden, doch galt sie, gemessen an den Auseinandersetzungen mit den Tamilen, nur als geringfügiges Problem. Dies änderte sich mit der Unterzeichnung des Beistandsvertrags. Mit jetzt nationalistisch-buddhistischen Parolen, die sich gegen den Ausverkauf srilankischer Interessen an die "imperialistische" Großmacht Indien wandten, begann die JVP einen politischen und militärischen Feldzug gegen alle Befürworter des Beistandsvertrags. Die JVP rekrutiert sich vor allem aus den Jugendlichen der südlichen Provinzen des Landes, aus jenen Gebieten, die nicht nur zum Kernland der Singhalesen zählen, sondern die auch in hohem Maße unter sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit und Landknappheit zu leiden haben, aus jenen Landesteilen, an denen der wirtschaftliche Boom der letzten zehn Jahre spurlos vorbeigegangen ist. Der Beistandsvertrag hat mit der JVP eine Kraft entstehen lassen, der die Regierung bislang nicht Herr werden konnte und die auf Dauer gesehen eine größere Bedrohung für den Staat darstellt als die tamilischen Forderungen nach einem eigenen Staat. Der

Terror der JVP richtete sich zunächst vor allem gegen die Mitglieder der Regierungspartei, später aber auch gegen andere Befürworter des Abkommens, beispielsweise die Kandidaten der sozialistischen United Socialist Alliance (USA). Zunächst beschränkten sich die Anschläge der JVP auf die Südprovinz und trafen vor allem die unteren und mittleren Kader der Regierungspartei auf der Dorfebene, die von der Polizei nicht geschützt werden konnten. Im Laufe der letzten beiden Jahre hat sich der Aktionsradius der JVP aber beständig ausgeweitet. Mittlerweile operiert die Gruppe im gesamten singhalesischen Siedlungsraum. Alle Befürworter des Vertrages sind, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, potentielle Todeskandidaten. Nicht mehr nur die mittleren Parteikader wurden angegriffen, auch prominente Mitglieder aller Parteien waren Ziel und Opfer von Anschlägen. Einer der bekanntesten war der ehemalige Filmschauspieler V. Kumaratunge, der als Vermittler im Konflikt zwischen Tamilen und Singhalesen aufgetreten war. Weitere prominente Opfer waren der Vorsitzende der Regierungspartei und deren Parteisekretär, Kandidaten für die Provinzratswahlen sowie Abgeordnete und Minister aus den neugewählten Provinzparlamenten. Bis zum Präsidentschaftswahlkampf sollen nach offiziellen Angaben seit Sommer 1987 700 bis 800 Menschen ums Leben gekommen sein, allein für 1988 wird die Zahl der politisch motivierten Morde bis Mitte Dezember mit 464 Toten angegeben².

Die Regierung war nicht in der Lage, die Sicherheit ihrer eigenen Parteimitglieder und die der anderen Kandidaten zu gewährleisten. Zudem begnügte sich die JVP auch nicht mehr damit, Anschläge auf Politiker durchzuführen, sondern begann, zunehmend in das wirtschaftliche Leben des Landes einzugreifen. In den Städten verfügte die JVP Ladenschließungen, die die Bazare und damit das wirtschaftliche Leben zum Erliegen brachten. Sie erzwang die Stilllegung von Fabriken und forderte die Unternehmer zugleich auf, weiterhin die Löhne auszus zahlen. Händler durften nur die ihnen vorgeschriebenen Preise für ihre Produkte verlangen, Busunternehmer wurden gezwungen, ihre Linien stillzulegen, und den Banken wurden ihre Öffnungszeiten von der JVP diktiert. Der Verkehr, vor allem im Süden des Landes, wurde nach Belieben durch Straßensperren lahmgelegt. Die JVP übernahm aber auch polizeiliche Funktionen und ging gegen "kriminelle Elemente" vor. Das eher diffuse Programm der JVP fordert Lohnerhöhungen, die Auflösung der Provincial Councils und des Parlaments, sofortige Neuwahlen und den Rückzug der indischen Truppen³.

Diese Aktionen zeigen die Macht der JVP und die Ohnmacht der Regierung. Es gelang ihr mit rechtsstaatlichen Mitteln nicht, den Terror der JVP im singhalesischen Siedlungsraum einzudämmen. Auch in Colombo kommt es zu Laden- und Fabrikschließungen; der devisa bringende Tourismussektor leidet, weil der Hotelpersonal aufgefordert wird, der Arbeit fernzubleiben⁴, und die Universitäten sind geschlossen, da andauernde Studentenstreiks einen Lehrbetrieb unmöglich gemacht haben.

Diese Situation zwang die Regierung zu drastischen Gegenmaßnahmen. Zunächst wurde zum Schutz der eigenen Parteimitglieder eine bewaffnete Truppe aufgestellt, die sich, nach den Farben der UNP, "Green Tigers" nannte. Mittlerweile ist im Süden eine weitere informelle Organisation entstanden, die "Peoples' Revolutionary Red Army" (PRRA), die zielgerichtet Jagd auf mögliche

Mitglieder der JVP macht. Der PRRA werden enge Verbindungen zu den Sicherheitskräften und zu Regierungskreisen nachgesagt⁵. Ähnliche Organisationen operieren mittlerweile auch im nördlichen Bereich des singhalesischen Siedlungsgebietes unter dem Namen "Black Cats"⁶. Damit ist eine Situation entstanden, in der Guerilla- und Anti-Guerilla-Gruppen einen nichterklärten Krieg führen, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat.

Über Stärke, Organisation und Führungsstruktur der JVP und ihres militärischen Flügels, der Patriotischen Volksfront (DJV), gibt es nur wenig Angaben. Der harte Kern des militärischen Flügels soll aus 200 bis 300 Mann bestehen. Die Waffen verschafft man sich aus Überfällen auf Polizeistationen und Armeelager⁷. Die Armee beklagt 2.500 Deserteure⁸, von denen man annimmt, daß sich die meisten der JVP angeschlossen haben.

Mittlerweile hat dieser nichterklärte Krieg im Südwestteil der Insel groteske Formen angenommen. Als in einem Stadtteil von Colombo eine Ladenschließung im Namen der JVP verfügt worden war, meldete die JVP am nächsten Tag, sie habe diese Verfügung nicht angeordnet und werde die Schuldigen aufspüren und bestrafen. Im Süden der Insel kam es zur Beschlagnahmung von Privateigentum durch die Polizei. Den protestierenden Betroffenen wurde angedroht, daß man sie fälschlicherweise als JVP-Mitglieder denunzieren würde, sollten sie sich über das Vorgehen der Polizei beschweren⁹. Beide Beispiele zeigen, daß die Grenzen zwischen politischem Kampf und alltäglicher Kleinkriminalität mittlerweile fließend geworden sind: Jeder kann sich des Namens der JVP bedienen, um Drohungen, Einschüchterungen und Verleumdungen auszusprechen. Geschäftliche Rivalitäten, familiäre Streitereien und politische Auseinandersetzungen können nicht nur im Namen sondern auch mit den Mitteln der JVP ausgeübt werden.

Die Folgen des Beistandsvertrages für die Tamilen

Auch für die Tamilen brachte der Beistandsvertrag nicht den erhofften Frieden. Die Aufgabe der auf der Insel stationierten indischen Truppen bestand vor allem darin, die tamilischen Guerillagruppen zu entwaffnen, vor allem die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), die zur größten und mächtigsten Guerillagruppe geworden war. Die Zustimmung der LTTE zum Beistandsvertrag war jedoch nur vorübergehender Natur. Nach zwei Monaten entbrannte ein heftiger Kampf zwischen ihr und den indischen Truppen. Im Oktober 1987 konnte die IPKF nach schweren Kämpfen mit großen Opfern unter der Zivilbevölkerung Jaffna erobern und die LTTE in den Dschungel vertreiben. Seit diesem Zeitpunkt ist die LTTE zwar entscheidend geschwächt, aber noch längst nicht militärisch besiegt. Immer wieder kommt es zu Anschlägen der LTTE, immer wieder unternehmen die indischen Truppen Razzien, um Lager der LTTE auszuheben.

Seit Beginn der militärischen Auseinandersetzungen gegen Ende der siebziger Jahre waren die Tamilen in eine Vielzahl von Guerillagruppen zersplittert. Die traditionelle politische Führung, die Tamil United Liberation Front (TULF), war nach den Unruhen von 1983 ins südindische Exil gegangen. Die einzelnen Guerillagruppen kontrollierten in Sri Lanka die verschiedenen tamilischen Sied-

lungsgebiete. Wenn sie nicht gegen die singhalesische Polizei und Armee kämpften, bekämpften sie sich untereinander. Aus diesen Auseinandersetzungen war die LTTE als politischer und militärischer Sieger hervorgegangen. Die anderen Gruppen flüchteten ins benachbarte Südindien und erlebten nach Unterzeichnung des Vertrages eine neue Blütezeit. Während sich die LTTE gegen die Inder wandte, von denen sie lange Zeit unterstützt worden war¹⁰, fanden sich die anderen Gruppen bereit, sich unter Beistand der Inder als politische Parteien zu etablieren, um bei möglichen Wahlen zu kandidieren. Trotz ihrer militärischen Niederlage ist die LTTE aber immer noch stark genug, um die anderen Gruppen zu bekämpfen und eine Normalisierung des Alltags im Norden und Osten der Insel zu verhindern. Sie bestimmt die Öffnungszeiten der Banken und der öffentlichen Ämter in Jaffna, und die indischen Truppen müssen sich, obwohl sie die Stadt Jaffna militärisch kontrollieren, mit dieser Situation abfinden, da die Menschen aus Todesfurcht gehorchen¹¹. Im Norden wurde mittlerweile eine Civil Volunteer Force (CVF) aufgestellt, die sich überwiegend aus Mitgliedern der Eelam People's Revolutionary Liberation Front (EPRLF) zusammensetzt¹², von indischen Militärs ausgebildet wird und Polizeifunktionen übernehmen soll. Deren Mitglieder begleichen aber auch ihre alten Privatfehden mit anderen Guerillagruppen und terrorisieren die Zivilbevölkerung. Immer wieder kommt es zu Beschlagnahmungen, Denunziationen und Zwangsrekrutierungen. Die nach wie vor bestehenden Rivalitäten zwischen der LTTE, EROS, TELO, EPRLF, PLOTE werden weiterhin mit Waffengewalt ausgetragen¹³. Wie im Südwesten der Insel, so verwischt sich auch hier die Grenze zwischen politischen Zielen und Kleinkriminalität. Das Eintreiben von Schutzgeldern, Entführungen und Straßenzoll ist immer noch ein einträgliches Geschäft, wobei politische Motive oft nur Vorwand sind¹⁴.

Die Folgen des Beistandsvertrages für die Muslime

Der Beistandsvertrag hatte auch für die 7% starke muslimische Volksgruppe weitreichende Folgen. Der Vertrag verhalf ihnen zu einer neuen politischen Bedeutung und wertete diese Minderheit zum erstenmal seit der Unabhängigkeit zu einer politisch bedeutsameren Macht auf. Das geplante Referendum in der Ostprovinz, in dem über das Schicksal einer vereinigten Nord-Ost-Provinz entschieden werden soll und damit über den Kernpunkt des Vertrages, wird maßgeblich von ihrem Votum abhängen, da sie rd. 30% der Bevölkerung in der Ostprovinz stellen. Die Muslime, die bis Beginn der achtziger Jahre als eine politisch relativ homogene Volksgruppe gelten konnten, verloren nach und nach ihre frühere politische Neutralität. Übergriffe der singhalesischen Armee in Mannar 1984 und Kämpfe in der Ostprovinz 1985 zwischen Tamilen und Muslimen ließen die Spannungen zwischen den Volksgruppen steigen. Die einstige politische Allianz der Muslime mit den singhalesischen Parteien wurde durch die Zusammenarbeit der UNP mit israelischen Militärberatern gegen den Widerstand der Muslime zunehmend in Frage gestellt. Innerhalb der Volksgruppe begann zugleich ein Prozeß der politischen Fraktionierung, der den bisherigen politischen Vertretungsanspruch einer kleinen Elite aus Colombo kritisierte und die Interes-

sen der Ostküste, ihrem Hauptsiedlungsgebiet, in den Vordergrund rückte. Die Zeit seit dem Vertrag wurde von den Muslimen vor allem dazu genutzt, dieser drohenden Zersplitterung entgegenzuwirken und eine neue politische Einheit herzustellen, um ihre durch den Vertrag neugewonnene Machtposition zu ihrem Vorteil zu nutzen. Der Vertrag hat somit auch bei den Muslimen die alte interne Machtbalance verändert und erstmals eine muslimische Partei, den Sri Lanka Muslim Congress (SLMC), entstehen lassen¹⁵.

Wenn auch die Muslime immer häufiger Opfer singhalesischer und tamilischer Terroranschläge werden, so sind sie doch bislang neben den indischen Tamilen im Hochland die einzige Volksgruppe, die ihre internen politischen Auseinandersetzungen noch weitgehend friedlich austrägt.¹⁶

Die Provinzratswahlen von 1988

Vor dem Hintergrund einer Situation, in der Gewalt zum alltäglichen Mittel der Auseinandersetzungen wurde, begann im Frühsommer 1988 ein Wahljahr, in dem neun Provincial Councils, ein neuer Staatspräsident und ein neues Parlament gewählt werden sollten. Jeder Bürger einer Provinz mußte innerhalb eines Jahres somit dreimal zur Wahlurne schreiten in einer Atmosphäre, die von Gewalt geprägt war. Zwar haben Einschüchterungen, Stimmenkauf, Schlägereien, Verletzte, Tote und Ausschreitungen vor, während und nach Wahlen in Sri Lanka bereits eine lange Tradition - doch was sich in diesem Wahljahr abspielen sollte, war beispiellos.

Die Wahlen waren nicht nur Wahlen zwischen verschiedenen Parteien und politischen Programmen, sie waren zugleich auch eine Abstimmung über die Autorität des Staates. Angesichts des Wahlboykottaufrefes von JVP und LTTE stand dieses Mal weniger die Frage im Vordergrund, wer gewählt werden würde, als vielmehr, wer wählen würde. Nicht das Ergebnis sondern die Wahlbeteiligung wurde zum ausschlaggebenden Kriterium. Inwieweit würde die Bevölkerung mit ihrem Votum die Provincial Councils und damit die Politik der UNP und Staatspräsident Jayawardenes unterstützen? In den von indischen Truppen besetzten Gebieten stellte sich die Frage, welche Macht die LTTE noch hatte oder inwieweit die indischen Truppen und die mit ihnen verbündeten tamilischen Gruppen an politischem Einfluß gewonnen hatten.

Wie prekär die Sicherheitslage war, zeigte sich bereits an den Wahlterminen. Aus Sicherheitsgründen mußten die Provinzratswahlen in den singhalesischen Gebieten auf drei verschiedene Termine gelegt werden. Dies spiegelt zugleich auch den unterschiedlichen Einflußbereich der JVP wider. Als relativ sicher galten im Frühjahr 1988 noch die Nord-West-, die Nord-Zentral, die Uva- und Sabaragamuwa-Provinz, in denen Ende April die ersten Wahlen stattfanden. Stärker war der Einfluß der JVP in der West- und der Zentral-Provinz, in denen im Juni die Wahlen erfolgten. Schließlich wurden alle Sicherheitskräfte in die Südprovinz, die Hochburg der JVP, verlegt, die als letzte Provinz im singhalesischen Bereich allein wählte. Im November des Jahres fanden die Wahlen in den tamilischen Nord- und Ostprovinzen statt, in deren Folge die beiden Provinzen vorübergehend zu einer Provinz mit einem gemeinsamen Provincial Council

vereinigt wurden. Die Wahlen wurden erstmals unter dem neuen Verhältniswahlrecht ausgetragen, das 1978 in die Verfassung aufgenommen worden war. Es gab keine Wahlkreise mehr, die jeweils nur einen Kandidaten entsenden konnten, sondern Wahldistrikte, auf deren Grundlage die Stimmen ausgezählt und die Kandidaten ins Parlament entsandt wurden. Alle Parteien, die in singhalesischen Gebieten an den Wahlen zu den Provincial Councils teilnahmen, unterstützten auch dieses neue Verwaltungssystem. Die SLFP rief zunächst ebenfalls zum Wahlboykott auf, empfahl ihren Wählern aber später, ungültige Stimmen abzugeben. Die JVP drohte allen Kandidaten, die die Provincial Councils unterstützten, und allen Wählern, die zur Wahl gehen würden, mit ihrer Ermordung.

Die Sitzverteilung in den neugewählten Provinzparlamenten¹⁷

	Gesamt- zahl der Sitze	UNP*	USA	EPRLF /ENDLF	SLMC	Andere	Wahl- betei- ligung in %
<u>Singhalesische Provinzen</u>							53,3
West	104	54	42	-	6	2**	53,9
Zentral	58	37	18	-	3	-	61,5
Süd	55	38	15	-	-	2***	27,1
Nordwest	52	31	19	-	2	-	62,1
Nordzentral	33	21	12	-	-	-	54,9
Uva	34	20	13	-	1	-	64,5
Sabaragamuwa	44	24	20	-	-	-	62,8
<u>Tamilische Provinzen</u>							ca. 63
Nord	36	-	-	36	-	-	k.A.
Ost****	35	1	-	17	17	-	k.A.

k.A.: keine Angaben.

* Einschließlich der beiden Bonus-Sitze, die die jeweils stärkste Fraktion zusätzlich erhält; ** Liberale Partei; *** Unabhängige Kandidaten; **** Im Osten trat die EPRLF allein an.

Die regierende UNP konnte in allen sieben Provinzen des singhalesischen Siedlungsgebietes die Mehrheit gewinnen und die ersten Provinzregierungen stellen. Sie erhielt dort 50,6% der abgegebenen Stimmen, die USA 35%, andere Parteien und unabhängige Kandidaten erreichten 4,6%; 9,8% aller abgegebenen Stimmen waren ungültig¹⁸. Die Wahlbeteiligung von 53,3% in diesen Provinzen war ein für Sri Lanka vergleichsweise schlechtes Ergebnis. Bei den Parlamentswahlen 1970 hatten in diesen Provinzen 85,4% der Wähler ihre Stimme abgegeben, 1977 waren es sogar 87,1% gewesen. Die Einschüchterungskampagne der JVP hatte somit Erfolg gezeigt und gerade in den ländlichen Bereichen die Wähler vom Gang zur Wahlurne abgehalten. Im Norden brachten die Wahlen einen Erfolg der EPRLF, die sich von der Guerillagruppe zur politischen Partei gewandelt hatte und jetzt von Indien unterstützt wurde. Sie konnte - allerdings ohne Gegenkandidat - alle Sitze der Nordprovinz gewinnen. In der Ostprovinz, wo Singhalesen, Tamilen und Muslime nahezu gleichstark sind, erhielten EPRLF und SLMC je 17, die UNP hingegen nur einen Sitz. Damit verfügt die EPRLF im vereinten Provincial Council der Nord- und Ostprovinz über 53 der insgesamt 71 Sitze. Im Gegensatz zum singhalesischen Teil lag die Wahlbeteiligung in diesen Provinzen bei ca. 63%. Die Unruhen vor, während und nach der Wahl hielten sich trotz des Boykottaufrufes der LTTE und JVP im Vergleich zu den singhalesischen Gebieten in Grenzen. Die Wahlen wurden von der srilankischen Regierung durchgeführt, wemgleich die indischen Truppen für die Ruhe verantwortlich waren und Wahlhelfer und Wahlmaterial einflogen, damit die Wahl überhaupt stattfinden konnte¹⁹.

Mit der Durchführung der Provinzratswahlen war ein erster und entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer neuen Verwaltungsstruktur des Landes getan worden. Zugleich hatten die Wahlen die Zustimmung der Bevölkerung zu diesem neuen Verwaltungsmodell signalisiert, denn auch das Oppositionsbündnis der USA hatte sich für die Provinzräte ausgesprochen.

Offen bleibt jedoch die Frage, wie diese neuen Verwaltungsstrukturen arbeiten und welche Funktionen sie haben werden. An der Spitze eines Provinzrates steht ein Gouverneur, der vom Präsidenten ernannt wird. Dieser Gouverneur ernennt einen der Abgeordneten zum Chef-Minister, der wiederum dem Gouverneur die einzelnen Fachminister vorschlägt. Mittlerweile sind zwar alle Provinzregierungen ernannt, doch fehlen klare Kompetenzabgrenzungen zwischen der nationalen Regierung und den Provinzregierungen. Die Bereiche, die stärker von den Provinzen übernommen werden sollen, umfassen u.a. Bildung, Gesundheit, Polizei, Landwirtschaft und Landbesiedlung. Unklar sind vor allem die Finanzierung dieser neuen Körperschaften und die Eingliederung der weiterhin existierenden Municipal und Urban Councils in diese neue Verwaltungsstruktur. Ein führender Politiker brachte den momentanen Zustand der Provincial Councils auf folgenden Nenner: "There is a Provincial Council but no one seems to know whether it functions and where it is located in the first place".²⁰

Die Präsidentschaftswahl vom Dezember 1988

Die sechsjährige Präsidentschaft Jayawardenes neigte sich 1988 ihrem Ende zu. Während auf seiten der SLFP die frühere Ministerpräsidentin S. Bandaranaike bereits als Herausforderin feststand, gab es auf seiten der Regierungspartei lange

Spekulationen über die Nachfolge J.R. Jayawardenes. Im September wurde schließlich der damalige Premierminister R. Premadasa zu seinem Nachfolger bestimmt. Premadasa kommt aus der unteren Wäscherkaste und hat sich durch den Parteiapparat der UNP nach oben gearbeitet. Er war seit 1977 Premierminister, unterstützte ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm und hatte sich das Image eines Politikers aufgebaut, der die Sorgen und Nöte des kleinen Mannes genau kennt und sich ihrer annimmt. Er war zugleich einer der schärfsten Kritiker des Beistandsvertrags mit Indien in der UNP. Als dritter Kandidat bewarb sich O. Abeygunasekara von der SLMP, der Partei des von der JVP ermordeten Filmschauspielers V. Kumaratunge, um das höchste Staatsamt.

Die Verfassung von 1978 hatte das britische Westminster-Modell durch eine Präsidialdemokratie nach französischem Vorbild mit umfangreichen Vollmachten für den Staatspräsidenten ersetzt. Er ist Oberbefehlshaber der Armee, ernannt u.a. den Premierminister, die Ressortminister, den Generalstaatsanwalt und die Richter des Obersten Gerichtshofes und ist - zumindest in Sri Lanka - kaum einer Kontrolle unterworfen.²¹

Der Wahlkampf wurde von den innenpolitischen Problemen des Landes bestimmt, und LTTE und JVP riefen zum erneuten Boykott auf, den sie mit einer massiven Einschüchterungskampagne der Wähler und Kandidaten untermauerten. S. Bandaranaike und O. Abeygunasekara entkamen dabei nur knapp zwei Attentaten. Wer nun erwartete, daß S. Bandaranaike und R. Premadasa die JVP ihres Terrors wegen angriffen, sah sich getäuscht. Obwohl Anhänger beider Parteien immer wieder Opfer von JVP-Anschlägen geworden waren, bemühten sich beide Kandidaten - offensichtlich aus opportunistischen Gründen - dennoch um eine mögliche Zusammenarbeit mit der JVP. Im November 1988 gründete S. Bandaranaike eine Allianz aus acht Parteien, der neben Muslimen und Tamilen auch die JVP angehörte. Sie versprach der JVP im Falle ihres Wahlsieges drei Ministerien. Diese Allianz löste sich aber bald wieder auf, und die JVP richtete ihre Anschläge in der Folgezeit zunehmend gegen die SLFP. Aber auch die UNP versuchte weiterhin, die JVP für sich zu gewinnen. So vermied es R. Premadasa stets, die JVP direkt zu kritisieren oder sie gar für Anschläge verantwortlich zu machen, da es seiner Meinung nach dafür keine Beweise gäbe. Solche Äußerungen brachten ihm von seiten der Opposition den Vorwurf ein, insgeheim mit der JVP zusammenzuarbeiten.²²

Die Wahlen brachten einen Sieg R. Premadasas, der 50,4% aller Stimmen erhielt. S. Bandaranaike erzielte 44,9% und O. Abeygunasekara 4,6%. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,3%. Premadasa verdankte seinen Sieg vor allem der Unterstützung der Minderheiten, der indischen Tamilen im Hochland und der Muslime.²³ Die Boykottaufrufe und Aktionen der JVP und LTTE blieben nicht ohne Erfolg und verdeutlichten die Stärke beider Organisationen. Die niedrigste Wahlbeteiligung gab es in den Distrikten, in denen sie ihre Hochburgen haben. Die Wahlbeteiligung lag im Norden in Jaffna bei 21,72% und im Distrikt Vanni bei 13,79%. Im Süden lag sie in Matara bei 23,84%, in Hambantota bei 29,43% und in Moneragala bei 17%.²⁴

Die Ausschreitungen vor, während und nach dem Wahlkampf kosteten allein im Dezember 1988 über 1200 Menschen das Leben.

Die Parlamentswahl vom Februar 1989

Die Parlamentswahlen vom 15. Februar 1989 bildeten den Abschluß eines Wahljahres, das die politische Landschaft von Grund auf veränderte. Von Beginn an war klar gewesen, daß das neu zu wählende Parlament aufgrund des erstmals angewandten Verhältniswahlrechtes ausgewogener zusammengesetzt sein würde. Das von der UNP eingeführte Verhältniswahlrecht stärkte - verglichen mit dem alten Mehrheitswahlrecht - formal die Rolle der Opposition. 1977 hatte die UNP - obwohl sie nur 50% der Stimmen auf sich vereinen konnte - 140 von 168 Sitzen im Parlament erhalten. Die SLFP hatte trotz 30% der Wählerstimmen nur 8 Sitze errungen, und die tamilische TULF war - obwohl sie nur 3,5% der Stimmen erreicht hatte - mit 18 Abgeordneten im Parlament vertreten gewesen. Mit dem neuen Wahlrecht erhoffte sich die UNP einen breiteren Dialog der verschiedenen Parteien im Parlament. Auf der anderen Seite hatte sich jedoch gezeigt, daß die UNP bei allen Wahlen bislang stets mehr Stimmen erreicht hatte als die SLFP. Die UNP versuchte mit der Einführung des neuen Wahlrechts zugleich ihre politische Vorherrschaft zu sichern. Wieder riefen JVP und LTTE zum Boykott der Wahlen auf und ließen Anschläge auf Kandidaten und Einschüchterungen der Wähler ihrem Aufruf folgen.

Für die jetzt 225 Sitze im Parlament traten rund 1.400 Kandidaten an. Da alle Kandidaten, die sich nicht explizit gegen den Friedensvertrag ausgesprochen hatten, potentielle Opfer von Anschlägen waren, die Polizei sich aber gleichzeitig nicht in der Lage sah, alle Kandidaten zu schützen, bezahlte die Regierung jedem Kandidaten, der es wünschte, sechs bewaffnete Leibwächter.²⁵

Die Ergebnisse der Parlamentswahl²⁶

Partei	Sitze	Stimmenanteil in %
UNP	125	50,71
SLFP	67	31,85
SLMC	4	3,61
TULF*	10	3,37
EROS**	13	2,69
USA	3	2,86
MEP	3	1,70
Andere	-	3,21
Insgesamt	225	100,00

Die Wahlbeteiligung lag bei 63,6%.

* Die TULF war ein Wahlbündnis aus EPRLF, TULF, ENDLF und TELO.** EROS trat als unabhängige Gruppierung an.

Folgende Trends lassen sich aus den Wahlen ableiten:

- Der Sieg der UNP hat ihre Machtposition auf Dauer gefestigt. Sie konnte 50% der abgegebenen Stimmen erringen, obwohl sie einen unpopulären Friedensvertrag ausgehandelt hatte, für die Stationierung indischer Truppen im Land verantwortlich war, ihre Mitglieder von Terroristen ermordet worden waren und ihre liberale Wirtschaftspolitik zu einem Abbau von Sozialleistungen und zu einem Anstieg von Inflation und Arbeitslosigkeit geführt hatte.
- Die deutliche Niederlage der SLFP wurde erst auf den zweiten Blick erkennbar. Nur dank des neuen Wahlsystems konnte die Partei ihre Stellung verbessern, denn nach dem alten Mehrheitswahlrecht hätte sie nur noch fünf Abgeordnete ins Parlament entsenden können. Ein unklares Parteiprogramm und die ungebrochene Vorherrschaft der Bandaranaike-Familie dürften die beiden wichtigsten Erklärungen für ihre Niederlage sein.
- Als dritte politische Kraft hat sich überraschenderweise der SLMC hervorgetan, die erste eigene Partei der Muslime. Auf welcher Seite des politischen Spektrums sich diese Partei etablieren wird, bleibt noch abzuwarten. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen unterstützte der SLMC S. Bandaranaike und ihre Allianz, nach den Parlamentswahlen zeigte die UNP ein Interesse an einer möglichen Zusammenarbeit.²⁷ Vor allem im Hinblick auf das geplante Referendum über die Entscheidung, ob Nord- und Ostprovinz verbunden bleiben oder wieder getrennt werden, fällt dem SLMC eine wichtige Rolle zu, denn der Stimmenanteil der Muslime wird darüber den Ausschlag geben. Bislang hat sich der SLMC gegen eine dauerhafte Verbindung der beiden Provinzen ausgesprochen, doch hat er neuerdings zu erkennen gegeben, daß er bei Gewährung eigener muslimischer Verwaltungsbezirke einer solchen Verbindung zustimmen könnte.²⁸
- Für die Tamilen hat die Wahl endgültig zur Ablösung der alten politischen Führer der TULF geführt. Alle gewählten Kandidaten kommen aus Guerillagruppen. Vor allem der Erfolg der EROS in Jaffna überraschte, da sie als Studentenorganisation der LTTE gilt und für deren Ziele eintritt. Ihre Wahl gilt als Zeichen dafür, daß die Bevölkerung Jaffnas zwar noch die Ziele der LTTE unterstützt, zugleich aber nach zehn Jahren Bürgerkrieg eine politische Lösung des Konfliktes wünscht. Die Kandidaten des TULF-Bündnisses konnten vor allem im Osten ihren Einfluß sichern. Damit deutet sich eine neue tamilische Führung an, die aber weiterhin von den alten Spannungen durchzogen bleibt. Die pro-indischen Gruppen - EPRLF, ENDLF und TELO - haben ihren Schwerpunkt im Osten, wohingegen LTTE und EROS vor allem auf der Jaffnahalbinsel Unterstützung finden. Welche der beiden Fraktionen auf Dauer die politische Führung der Tamilen übernehmen kann, wird davon abhängen, welche politischen Erfolge sie erringen können.

Die Entwicklung seit den Parlamentswahlen

Die Wahlen von 1988/89 haben Sri Lanka ein neues politisches Gesicht gegeben. Erstmals in der Geschichte des Landes ist die bislang regierende Partei wiedergewählt worden, erstmals kommt der Staatspräsident nicht aus einer der tradi-

tionell mächtigen Familien des Landes, erstmals ist die Opposition angemessen im Parlament vertreten, erstmals sitzen ehemalige tamilische Guerillas im Parlament, und erstmals verfügen die Muslime über eine eigene Partei.

Doch die Situation im Land hat sich seit den Parlamentswahlen ein weiteres Mal verschlechtert. Der von der JVP initiierte Transportarbeiter- und Generalstreik hat endgültig die Ohnmacht der Regierung offenbart, das Land vierzehn Tage lahmgelegt und die Regierung schließlich zum Einlenken gezwungen.²⁹ Zum Jahrestag des JVP-Aufstandes von 1971 verfügte die JVP einen Generalstreik in Kandy, der zweitgrößten Stadt des Landes, der das öffentliche Leben der Stadt zum Erliegen brachte.³⁰ "In Kandy the JVP are everywhere. The Police are in the Police Station."³¹ Ihr Aufruf zum Boykott indischer Waren hat in den Bazaren und bei den im Land lebenden Indern zu Panikreaktionen geführt³², der Einsatz von Landminen gegen die Armee hat ihre militärische Schlagkraft erhöht.

Eine Regierung, die solchermaßen vorgeführt wird, hat nur wenig Handlungsspielraum. Die neuerliche Verhängung des Ausnahmezustandes und eine stärkere Pressezensur zeigen diese Hilflosigkeit. Die Regierung scheint mehr eine Strategie der 'Volksbewaffnung' zu verfolgen, da sie selbst nicht mehr in der Lage ist, für die Sicherheit ihrer Bürger und Parlamentarier zu sorgen.³³

Neben der internen Situation verschlechterte sich auch das Verhältnis zu Indien. Dem Ultimatum der JVP, die IPKF solle das Land bis zum 14. Juli 1989 verlassen, folgte das Ultimatum des Präsidenten an die indische Regierung, daß die IPKF zum zweiten Jahrestag des Vertrages abziehen, bzw. nach diesem Termin ihre Lager nicht mehr verlassen sollte.³⁴ Mitte September 1989 unterzeichneten beide Regierungen ein Abkommen, das einen allmählichen Rückzug der indischen Truppen bis zum Ende des Jahres vorsieht.³⁵ Zugleich begann die Regierung Anfang Mai 1989 Gespräche mit der LTTE, wodurch sich das Verhältnis zur indischen Regierung, deren Truppen die LTTE nach wie vor bekämpfen, weiter verschlechterte. Premadasas Bemühungen, der JVP mit solchen Aktionen den Wind aus den Segeln ihrer anti-indischen Propaganda zu nehmen, waren bisher erfolglos. Die JVP hat bislang alle Gesprächsangebote der Regierung - mit dem Tenor "we have nothing to discuss with you"³⁶ - ausgeschlagen.

Mit diesen neuesten Entwicklungen haben sich - im inselweiten Spiel der wechselnden Loyalitäten - wieder einmal neue Fronten eröffnet. Während Regierung und LTTE einen Waffenstillstandsvertrag beschlossen und einen Abzug der IPKF forderten, wurde dies von der indischen Regierung, der Landesregierung im südindischen Tamil Nadu, die bislang ebenfalls für einen Truppenabzug plädierte und eher auf seiten der LTTE stand, und der EPRLF-Provinzregierung im Nordosten abgelehnt.³⁷ Mittlerweile gibt es Gerüchte, daß die Regierung in Colombo ihrem Erzfeind, der LTTE, Waffen liefere, offensichtlich um deren Position den Indern gegenüber zu stärken.³⁸ Die EPRLF drohte ihrerseits mit der Ausrufung der Unabhängigkeit für die Nordostprovinz und der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes, falls die Regierung die Auflösung der Provinz erwägen sollte, um der LTTE dadurch entgegenzukommen.³⁹ Mit der Ermordung dreier prominenter TULF-Politiker, darunter A. Amirthalingam, der als Vater der Idee eines Tamil Eelam galt, und des PLOTE-Führers U. Maheswaram im Juli 1989, zeichnet sich bei den Tamilen immer deutlicher die Rivalität zwischen EPRLF und LTTE ab, die letztendlich militärisch ausgetragen werden

wird.⁴⁰ Mittlerweile sucht die LTTE aber auch wieder den politischen Kontakt zur indischen Regierung mit der Begründung: "They should not conceive us as a hostile force to India".⁴¹

Der Reigen der wechselnden Loyalitäten hat sich damit wieder ein Stück weitergedreht und es bleibt nur die Frage, welche Koalitionen die nächsten Monate bringen werden. Aus diesem Grund ist ein Ende der Waffengänge auf der Insel noch nicht absehbar.

Die Perspektive: Zurück in die Zukunft?

Obwohl der indo-srilankische Beistandsvertrag dem Land bislang keinen dauerhaften Frieden beschert hat, brachte er dennoch eine Zäsur. War der Konflikt vor dem Vertrag vor allem ein Konflikt zwischen zwei Volksgruppen, so haben nach der Unterzeichnung des Vertrages die Konflikte innerhalb der beiden Volksgruppen die Oberhand gewonnen.

Bei den Singhalesen handelt es sich dabei um einen vielschichtigen Konflikt. Die Unzufriedenheit mit einer Bildungspolitik, die keine angemessenen Arbeitsplätze schaffen kann, mit der Korruption, die allgegenwärtig ist, mit Landknappheit, Armut und Chancenlosigkeit und schließlich die nationale Bedrohung durch eine benachbarte Großmacht lassen den Konflikt als sozio-ökonomischen Generationenkonflikt mit buddhistisch-chauvinistischem Hintergrund erscheinen. Bei den Tamilen ist der Generationenkonflikt mit den Wahlen beendet worden: die alte politische Elite mußte ihre Sitze im Parlament an die ehemaligen Guerillakämpfer abtreten. Bei ihnen wird sich in Zukunft 'nur' noch die Machtfrage um die politische Vorherrschaft innerhalb ihrer Volksgruppe stellen.

Könnte die Forderung nach einem eigenen tamilischen Staat noch als Ausdruck einer nationalistischen Ideologie gesehen werden, die die nationale Einheit Sri Lankas gefährdete, so haben die Entwicklungen seit der Unterzeichnung des Beistandsvertrages eine neue Perspektive eröffnet: Durch das Anwachsen der Konflikte innerhalb der beiden großen Volksgruppen droht jetzt die Institutionalisierung des Bürgerkrieges und damit endgültig die Auflösung der staatlichen Autorität, um deren Rettung willen der Vertrag unterzeichnet worden war. Damit bahnt sich eine politische Struktur den Weg, die eher dem 16. Jahrhundert als dem herannahenden 21. Jahrhundert entspricht: die politische Perspektive weist "zurück in die Zukunft". Die ständig steigende Zahl von bewaffneten Akteuren treibt die Auflösung bzw. Ablösung des staatlichen Gewaltmonopols an regionale Untereinheiten voran und macht ein friedliches Ende des Konfliktes immer unwahrscheinlicher. Ein mittelalterliches System bricht sich Bahn, in dem regionale Machthaber in einem beständigen Kleinkrieg untereinander oder gegen die Zentralregierung liegen. Die Macht liegt in den Händen militanter Gruppen, die das Land unter sich aufgeteilt haben und über einzelne Regionen herrschen.

Die Fronten ändern sich dabei permanent: der Feind von gestern wird zum Freund von heute, um sich morgen wieder zu distanzieren. Alle Koalitionen sind denkbar, und der Reigen der ständig wechselnden politischen Loyalitäten wird zum Leitmotiv dieser Entwicklung.

Damit rückt der nationale, entwicklungstheoretische Anspruch einer allgemeinen und umfassenden Entwicklung des Landes, die allen Bürgern zugute kommen sollte, endgültig in den Hintergrund. Sri Lanka erweckt zu Beginn der 90er Jahre immer mehr den Eindruck, als ob die moderne Einheit des Landes unter einer Verwaltung, die erstmals 1833 von den Engländern erreicht wurde, nur eine kurze Episode seiner Geschichte gewesen sein sollte.

Anmerkungen

- (1) Zur Diskussion des Vertrages und seiner Folgen siehe Prinz, T., 1988, S.403-411. Der Abdruck des Vertrages findet sich in *The Hindu*, 8.8.1987, S.3, seine deutsche Übersetzung in *Europa-Archiv*, 18/1987, S.D517-D520.
- (2) Amerasinghe, V., 1989, S.347.
- (3) Die Aktivitäten der JVP lassen sich in den Artikeln der *Sunday Times* verfolgen, siehe u.a. *Sunday Times* vom 26.3.1989, 2.4.1989, 9.4.1989 und 30.4.1989.
- (4) *Die Tageszeitung*, 14.2.1989.
- (5) Amerasinghe, V., 1989, S.346.
- (6) Zu den Greuelthaten dieser Organisationen siehe u.a. *Sunday Times* vom 19.3.1989 und 2.4.1989.
- (7) Vom 15.1.1988 bis 14.12.1988 wurden 1501 Diebstähle von Schußwaffen verzeichnet, siehe Amerasinghe, V., 1989, S.347.
- (8) *Sunday Times*, 12.2.1989.
- (9) *Sunday Times*, 26.3.1989.
- (10) Zur Unterstützung der LTTE durch die indische Regierung siehe *Sunday Times*, 2.4.1989.
- (11) Diese Situation wurde dem Verfasser in zahlreichen Gesprächen im Sommer 1988 geschildert.
- (12) *Sunday Times*, 8.1.1989.
- (13) Zur Entstehung und zu den Rivalitäten der einzelnen Gruppen siehe Matthews, B., 1986, S.28-44 und Hellmann-Rajanayagam, D., 1988/89, S.603-619.
- (14) Vor allem die TELO gilt als kriminelle Gruppe, siehe *Sunday Times*, 2.4.1989.
- (15) Zur Rolle der Muslime siehe Rösel, J.; Wagner, C., 1989.
- (16) Zu der Situation der Muslime im Osten siehe *Sunday Times* u.a. vom 12.2.1989 und 28.5.1989. Einzelne kleine bewaffnete muslimische Gruppen in der Ostprovinz stellen bislang noch keine Bedrohung dar.
- (17) Die Zahlen der Tabelle stammen aus Prohl, W.M., 1988, S.27; *India Today*, 15.12.1988, S.52.
- (18) Prohl, W.M., 1988, S.26. Vergleichszahlen für die beiden tamilischen Provinzen sind leider nicht verfügbar. Der hohe Anteil der ungültigen Stimmen dürfte stärker auf das neue Wahlrecht, das jedem Bürger die Abgabe von drei Stimmen erlaubt und weniger auf den Boykottaufruf der SLFP zurückzuführen sein, siehe Prohl, W.M., 1988, S.20.
- (19) *India Today*, 15.12.1988, S.51.
- (20) *Sunday Times*, 9.4.1989, S.4.
- (21) Zur Macht des Staatspräsidenten und den begrenzten Kontrollmöglichkeiten des Parlamentes, siehe Hyndman, P., 1988, S.116-117.
- (22) Amerasinghe, V., 1989, S.349. Auch SLFP-Anhänger werden immer wieder als Sympathisanten der JVP bezichtigt.
- (23) Samarasinghe, S.W.R. de A., 1989, S.131-135.
- (24) *Lanka Guardian*, 1.1.1989, S.8.
- (25) *Die Tageszeitung*, 14.2.1989.
- (26) Die Zahlen stammen aus *Sunday Times*, 19.2.1989; *Far Eastern Economic Review*, 2.3.1989; *The Hindu*, 25.2.1989; *India Today*, 15.3.1989.
- (27) *Sunday Times*, 19.2.1989.
- (28) *Sunday Times*, 12.2.1989, 19.2.1989 und 5.3.1989.
- (29) *Far Eastern Economic Review*, 6.7.1989, S.22-23; *India Today*, 15.7.1989, S.24.
- (30) Eine eindrucksvolle Reportage über das Leben in Kandy an diesem Tag findet sich in der *Sunday Times* vom 9.4.1989.
- (31) *Sunday Times*, 11.6.1989, S.10.

- (32) *Sunday Times*, 23.4.1989 und 21.5.1989; *India Today*, 15.7.1989, S.24-25.
- (33) Händler und Busunternehmer im Süden des Landes wurden von der Regierung aufgefordert, Waffen zu tragen, um sich gegen Drohungen der JVP zur Wehr setzen zu können. Den Kandidaten und Mitgliedern von politischen Parteien wurde ebenfalls das Tragen von Waffen weiterhin erlaubt, siehe u.a. *Sunday Times*, 2.4.1989.
- (34) *India Today*, 30.6.1989, S.70-71. Das Ultimatum ist kurz darauf von Premadasa selbst in einem Brief an Indiens Ministerpräsidenten R. Gandhi wieder entscheidend abgeschwächt worden, siehe *The Economist*, 8.7.1989, S.55.
- (35) *Sunday Times*, 20.8.1989, S.1.
- (36) *Sunday Times*, 16.4.1989, S.4.
- (37) *The Economist*, 8.7.1989, S.55.
- (38) *India Today*, 15.7.1989, S.27.
- (39) *Sunday Times*, 23.4.1989; *The Economist*, 1.7.1989, S.51.
- (40) Die blutigen Kämpfe zwischen den Guerillagruppen gehören für die Guerillakämpfer offensichtlich zum normalen politischen Alltagsgeschäft, folgt man den Ausführungen V. Balakumars, dem Generalsekretär der Eelavar Democratic Front: "It is survival of the fittest ... and the IPKF shouldn't interfere in inter-group rivalries. Nobody can ever stop this bloodshed. It will be there forever." *India Today*, 15.7.1989, S.27.
- (41) *The Hindu*, 15.7.1989, S.27.

Literaturverzeichnis

- Amerasinghe, V., "Sri Lankan Presidential Election. An Analysis", *Economic and Political Weekly*, 18.2.1989.
- Hellmann-Rajanayagam, D., "The Tamil Militants - before the Accord and after", *Pacific Affairs*, Vol.61, No.4, 1988/89.
- Hyndman, P., *Sri Lanka. Serendipity under Siege*, Nottingham, 1988.
- Matthews, B., "Radical Conflict and the Rationalization of Violence in Sri Lanka", *Pacific Affairs*, Vol.59, No.1, 1986.
- Prinz, T., "Sri Lanka - Ein Friedensvertrag und seine Folgen", *Vierteljahresberichte*, Nr.114, Dezember 1988.
- Prohl, W.M., "Wahljahr in Sri Lanka - zum Beginn: Provinzratswahlen", *KAS-Auslandsinformationen*, 8/1988.
- Rösel, J.; Wagner, C., "Die Muslime Sri Lankas: Eine religiöse Minderheit im Spannungsfeld eines ethnischen Konflikts", *Internationales Asienforum*, 20 (1989) 1-2.
- Samarasinghe, S.W.R. de A., "Sri Lanka's Presidential Elections", *Economic and Political Weekly*, 21.1.1989.

Zeitungen und politische Magazine

- The Economist*, London
Far Eastern Economic Review, Hongkong
The Hindu, Madras
India Today, New Delhi
The Lanka Guardian, Colombo
The Sunday Times, Colombo
Die Tageszeitung, Berlin